

Einsprachen erweisen sich als Glücksfall

ZUG Die Bürgergemeinde will zum jetzigen Zeitpunkt keinen Kredit für das Projekt im Waldheim sprechen. Das kommt dem Bürgerrat recht.

HARRY ZIEGLER
harry.ziegler@zugerzeitung.ch

Zwei Einsprachen gegen das Bauprojekt an der Waldheimstrasse könnten sich als nicht so schwerwiegend erweisen wie befürchtet. Mindestens, was die Bürgergemeinde Zug betrifft. An der letzten Bürgergemeindeversammlung wurde nämlich das Kreditbegehren betreffend den Bau von altersgerechten Wohnungen «Waldheim Zug» sowie Verkauf der Liegenschaft Hofstrasse 12 an den Bürgerrat zurückgewiesen. Im Waldheim sollen insgesamt 48 Alterswohnungen, die die Stiftung Alterszentren zusammen mit der Bürgergemeinde Zug realisieren will, entstehen. Die Bürgergemeinde wollte dafür einen Kredit von 11,75 Millionen Franken. Finanzieren wollte sie diesen mit dem Verkauf der Liegenschaft Hofstrasse 12, in der sich heute eine Kindertagesstätte befindet.

Stadt hat Interesse signalisiert

Wie der Bürgerpräsident Rainer Hager sagt, hätte das Geschäft an der Bürgergemeinde rege Diskussionen ausgelöst. Unter anderem haben sich die Bürger daran gestört, dass die Liegenschaft Hofstrasse 12 hätte verkauft werden sollen. «Verschiedene Votanten haben eine andere Finanzierung angeregt», so Hager. Unter anderem solle man doch die aktuell tiefen Zinsen dazu nutzen. «Dass die Stadt am Tag vor der Bürgergemeinde grosses Interesse am Kauf der Liegenschaft signalisiert hat, hat die Ausgangslage stark verändert», so Hager. «Es ist deshalb momentan das Beste, dass das Geschäft an den Bürgerrat zurückgeht.» Das ermögliche nun eine Neubeurteilung der Situation. Dabei wolle der Bürgerrat natürlich auch die Vorschläge aus der Bürgergemeinde vom 15. Dezember berücksichtigen.

Konkret gehe es nun darum, mehrere Varianten zu prüfen, erklärt der Präsident. «Dabei sind verschiedene Modelle denkbar.» Vorstellbar sei einerseits, dass man die 24 Alterswohnungen, die von der Bürgergemeinde finanziert werden, fremd finanziert. Andererseits sei aber auch weiterhin denkbar, dass man, nun da die Stadt ihr Interesse an der Liegenschaft Hofstrasse 12 signalisiert

habe, diese doch zum Verkauf vorschlägt. Dabei ist es aber gemäss Hager wichtig, dass die Nutzung in etwa so bleibe, wie sie heute ist. Das sei sicher machbar, ist der Präsident der Bürgergemeinde überzeugt. Weniger gangbar dürfte gemäss Rainer Hager wohl ein Vorschlag sein, dass die Bürgergemeinde auf der Liegenschaft selber Wohnungen erstellt. «Es ist nicht Aufgabe der Bürgergemeinde, teuren Wohnraum zu erstellen und zur Verfügung zu stellen.»

Zuerst Finanzierung sichern

Für Rainer Hager ist die Rücknahme des Geschäfts zum jetzigen Zeitpunkt korrekt. «Es ist richtig, dass man keinen Projektkredit bewilligt, solange die Finanzierung des Projekts nicht klar ist.» Diese gelte es nun zu klären. «Und das ist ohne Zeitdruck möglich», erklärt der

Blick auf ein Gebäude des ehemaligen Altersheims im Waldheim.
Bild Stefan Kaiser



«Das Kaufinteresse der Stadt hat die Ausgangslage verändert.»

RAINER HAGER,
BÜRGERPRÄSIDENT ZUG

Bürgerpräsident. Hier spielten auch die beiden gegen das Projekt eingegangenen Einsprachen eine Rolle. Wegen der Einsprachen würde das Projekt verzögert. Je nachdem, ob sämtliche Instanzen durchschritten würden, könnte eine solche Verzögerung zeitlich massiv ausfallen.

Ein Einsprecher kritisiert, dass seine Aussicht Richtung Norden – also Richtung Baar – leicht tangiert werde. Er verlangt, bei beiden Gebäuden des Alterszentrums einen Stock weniger zu bauen. Die zweite Einsprache hingegen betrifft das Volumen und die Ausnutzung des gesamten Projekts. Sie wurde von acht Unterzeichnenden eingereicht. Die Einsprecher monieren, dass die Ziffer mit einer Ausnutzung von 1,09 überschritten werde. Die Einsprecher halten fest, dass dies dem Zwei-

ziehungweise fast Dreifachen der zulässigen Ausnutzung in den umliegenden Nachbarzonen entspreche. Das Gebiet weist eine Ziffer von 0,8 bis 1 aus. Das Volumen sei zu gross, eine Redimensionierung nötig.

Zeit für Überarbeitung nutzen

Die beiden Einsprachen gegen das Projekt im Waldheim sind also hängig. Sie ermöglichen allerdings dem Bürgerrat eine detaillierte Abklärung der weiteren Möglichkeiten. Sicher sei, dass man ohne Zeitdruck agieren könne. Wie ein allfälliger Vorschlag des Bürgerrats aussehen werde, konnte Hager noch nicht sagen. «Sicher ist hingegen, dass der Bürgerrat der Bürgergemeinde im Mai des nächsten Jahres eine Lösung präsentieren wird», sagt Bürgerpräsident Rainer Hager.

Das Zitat



«Sogar ich als Profi sehe keinen grossen Unterschied.»

Adrian Risi zum geplanten Projekt im Alpenblick. Das Haus mit der Nummer 8 soll abgerissen und durch einen Neubau ersetzt werden. 25

Kommen sich Kesb und Stadt in die Quere?

ZUG Ist die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (Kesb) involviert, gehe jeweils viel Zeit verloren. Der Stadtrat sieht das anders.

«Zusammenarbeit Kesb – Effizienzsteigerung oder Verlust?» So betitelt der Zuger SVP-Gemeinderat Gregor Bruhin eine Kleine Anfrage. Ihm sei zugetragen worden, dass «der Erhalt eines Handlungsfähigkeitszeugnisses erschwert wurde, seit die städtische Vormundschaftsbehörde zur kantonalen Kesb wechselte». Konkret bemängelt Bruhin, dass nicht mehr, wie zu Zeiten des städtischen Vormundschaftsamts, ein solches Zeugnis innert Minuten ausgestellt werden kann. Mitunter dauere der Erhalt eines solchen Zeugnisses nun bis zu einem halben Tag. Vor diesem Hintergrund stellt Gemeinderat Bruhin dem Stadtrat einige Fragen vor allem

zur Effizienz der Zusammenarbeit zwischen Kesb und Stadt Zug.

Bruhin ortet die Verzögerungen darin, dass die Einwohnerkontrolle nicht mehr alle für die Ausstellung relevanten Daten in ihrem System habe. Deshalb will er wissen, was genau sich bei der Beantragung eines solchen Handlungsfähigkeitszeugnisses geändert habe und wie sich die Arbeit für die Einwohnerkontrolle erschwert habe. Zudem soll der Stadtrat erklären, weshalb die städtische Einwohnerkontrolle nicht mehr alle relevanten Daten zur Verfügung habe. Und schliesslich: «Gibt es weitere Effizienzverluste städtischer Verwaltungsstellen durch die Installation der Kesb, welche sich im Endeffekt auf die Einwohner von Zug auswirken?»

Etwas mehr Aufwand

Mittlerweile könne ein Handlungsfähigkeitszeugnis persönlich am Schalter oder per Internet bestellt werden. «Die Einwohnerkontrolle macht nach Eingang der Bestellung eine Anfrage (schriftlich via E-Mail) bei der Kesb

über die Handlungsfähigkeit der Person», schreibt der Stadtrat zum Ablauf. Ist die Antwort der Kesb positiv, stellt die Einwohnerkontrolle das entsprechende Zeugnis aus. «Die antragstellende Person kann das Dokument wahlweise persönlich abholen oder es wird ihr zugesendet. Die Einwohnerkontrolle erhält die Antwort der Kesb in der Regel innerhalb eines Arbeitstages», so der Stadtrat. Der administrative Aufwand der Einwohnerkontrolle habe dadurch geringfügig zugenommen.

Dossierkenntnis nötig

Gemäss altem Vormundschaftsrecht waren nur Personen mit einer Vormundschaft gemäss Zivilgesetzbuch in ihrer Handlungsfähigkeit eingeschränkt, erklärt der Stadtrat die von Bruhin reklamierten fehlenden Daten der Einwohnerkontrolle. Personen mit Beistandschaft waren danach grundsätzlich handlungsfähig. «Nach neuem Vormundschaftsrecht sind Personen mit einer umfassenden Beistandschaft

handlungsunfähig», schreibt der Stadtrat in seiner Antwort. Ausserdem könnten nun auch Personen mit einer Teilbeistandschaft in ihrer Handlungsfähigkeit eingeschränkt sein. «Das eigentliche Bestehen einer Beistandschaft sagt nichts über die Handlungsfähigkeit aus. Für die Beurteilung einer Einschränkung der Handlungsfähigkeit muss der Beurteilende Dossierkenntnis haben.» Dass die Einwohnerkontrolle wieder Zugriff auf relevante Daten bekommen könne, wie Bruhin nachfragt, sei so kaum möglich.

«Keine Effizienzverluste»

Der Stadtrat hält in seiner Antwort auf die letzte Frage Bruhins nach allfälligen weiteren Effizienzverlusten innerhalb städtischer Verwaltungsstellen durch die Installation der Kesb fest: «Im Bereich der Einwohnerkontrolle gibt es keine weiteren Punkte, die einen Effizienzverlust durch die Aufgabenverschiebung hervorrufen.»

HARRY ZIEGLER
harry.ziegler@zugerzeitung.ch